

Gefahrenkarten zeigen Überschwemmungen

Starkregen werden immer häufiger: Alle Bürger*innen sollten sich informieren und Vorkehrungen treffen

Die Überschwemmungskatastrophe im Ahrtal hat dramatisch vor Augen geführt, welche verheerende Auswirkungen Starkregen und Hochwasserereignisse haben können. Im August 2023 war auch in Freiburg zu erleben, wie kurze, aber heftige Niederschläge ganze Straßenzüge in Sturzbäche verwandeln können. Jetzt hat das Garten- und Tiefbauamt detaillierte Karten vorgelegt, die für jedes Freiburger Grundstück zeigen, welche Gefahr bei Unwetter droht.

„Schaut-euch-das-an!“ könnte der reißerische Titel eines Thrillers sein oder der ultimative Kinotipp – in diesem Fall ist es aber die dringende Aufforderung, sich mit den Gefahren von Starkregen zu beschäftigen. Die Stadt Freiburg hat jetzt Starkregengefahrenkarten vorgelegt, die für jedes einzelne Grundstück genau zeigen, was passieren kann, wenn es in Freiburg so heftig regnet wie im August 2023 – oder sogar noch mehr.

Damals waren binnen weniger Minuten in Teilen der Stadt über 40 Liter pro Quadratmeter und Stunde gefallen. Die Folge: Viele Straßen waren überflutet, Keller liefen voll mit Wasser, Bäume stürzten um und herabfallende Äste und Laub blockierten die Gullis, die ohnehin nur auf normal kräftige Niederschläge ausgelegt sind.

Drei Szenarien untersucht

Durch den Klimawandel gibt es solche Ereignisse immer häufiger – und sie können noch weit heftiger ausfallen, wenn wie im Ahrtal 2021 die starken Niederschläge über Stunden und Tage anhalten. Was bei Starkregen zu erwarten ist, zeigen die Karten, die drei Szenarien untersuchen: ein seltenes, im Schnitt alle 30 Jahre vorkommendes Starkregenereignis mit rund 40 Liter pro Quadratmeter und Stunde, ein außergewöhnliches, das mit mehr als 49 Liter Niederschlag statistisch nur alle einhundert Jahre auftritt, und schließlich ein extremes Unwetter, das mit weit über 100 Liter Niederschlag einen möglichen Katastrophenfall darstellt.

Die im Internet verfügbaren Detailkarten sind das Ergebnis von rund einem Jahr Arbeit, mit der das beim Garten- und Tiefbauamt (GuT) angesiedelte Starkregenisikomanagement externe Fachbüros beauftragt hat. Die Gesamtkosten von 700.000 Euro werden zu 70 Prozent vom Land bezuschusst. Das Erstellen der Karten ist ein „freiwilliges Serviceangebot“, wie Amtsleiter Frank Uekermann bei der Pressevorstellung sagte. Dennoch sprach er eine dringende Empfehlung aus, sich mit den Karten zu beschäftigen und aktiv zu werden: „Wir berauben uns der Unschuld, dass wir nicht wissen, was passieren kann.“

Die Karten zeigen nicht nur, wie hoch das Wasser steigen kann, sondern auch, wohin und wie schnell es mutmaßlich fließen wird, wie Jochen Riesterer vom GuT erklärte. „Schon ab 0,5 Meter pro Sekunde kann das gefährlich werden.“ An manchen Stellen sind aber auch mehr als zwei Meter pro Sekunde möglich – das kann lebensgefährlich sein.

Seine Kollegin Leoni Knoll sagte, dass die Karten nur ein erster Ansatzpunkt seien: „Eine genaue Analyse vor Ort ist zwingend notwendig.“ Danach kann man festlegen, was erforderlich ist, um sein Objekt vor Überschwemmungen zu sichern. Möglichkeiten gibt es viele: druckdichte Fenster und Türen, erhöhte Lichtschächte oder ein automatisches Klappschott für Tiefgarageneinfahrten. Manchmal reicht vielleicht auch ein geschickt platziertes Mäuerchen, um Wasser vom Eindringen ins Haus abzuhalten. Und generell sollte man überlegen, ob man wertvolle Dinge in überflutungsgefährdeten Räumen lagern will, denn Erinnerungstücke ersetzt auch die beste Versicherung nicht. Apropos: Den Versicherungsschutz zu prüfen, ist sicher auch nicht die schlechteste Idee.

Infoabende vor Ort

Weil das Thema so wichtig ist und aus der Bürgerschaft sicher viele Fragen zu erwarten sind, bietet die Verwaltung in den kommenden Wochen acht Informationsveranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen und Ortschaften an. Dort wird im Detail erklärt, wie die Gefahrenkarten zu interpretieren sind und welche Schutzmöglichkeiten es gibt.

Die Termine der Infoabende sowie ein Beispiel einer Starkregenisikokarte finden sich auf Seite 7.

Weitere Informationen sowie alle Übersichts- und Detailkarten gibt es im Internet unter:

- www.freiburg.de/starkregen
- www.starkregengefahr.de

Gemeinschaftsschule plus Gymnasium für Opfingen

Gemeinderat beschließt nach langer Diskussion, dass die geplante Schule am Tuniberg eine Verbundschule wird

In Opfingen soll neben der bereits geplanten Gemeinschaftsschule nun zusätzlich auch ein neues Gymnasium entstehen – das hat der Gemeinderat nach kontroverser Diskussion beschlossen. Vorausgegangen war dem Beschluss ein Antrag von Grünen, CDU, FDP und Freien Wählern, der die Verwaltung beauftragt hatte, diese Variante zu prüfen.

Die Planung einer Gemeinschaftsschule in Opfingen hatte der Gemeinderat bereits 2022 beschlossen, vor allem weil die Gemeinschaftsschulen im Umland und Freiburg überlastet waren und immer noch sind. „Es gab damals eine klare Entscheidung für eine Schule der Vielfalt“, so Viviane Sigg von der SPD-Fraktion, die mehrheitlich eine reine Gemeinschaftsschule favorisiert.

Dass die Schule nun um ein Gymnasium erweitert werden soll, hat mehrere Gründe. Zum einen müssen die Freiburger Gymnasien seit Jahren mehr Klassen aufnehmen als ursprünglich geplant. Und die Schülerzahlen werden weiter wachsen. Zum anderen fordert auch die Rückkehr des Landes zum neunjährigen Gymnasium mehr Raum und Kapazitäten. Das animierte Oberbürgermeister Martin Horn am Rande der Debatte zu einem Appell an Stuttgart: „Wer bestellt, bezahlt!“ Denn bisher finanziert die Stadt und nicht das Land die Schulen.

Neue Möglichkeiten

Voraussetzung für die Verbundschule war auch die Änderung des Schulgesetzes. In Zukunft können die Klassen 12 und 13 des Gymnasiums auch als Oberstufe für eine Gemeinschaftsschule dienen, sodass diese keine eigene Oberstufe anbieten muss. „Viele Eltern wünschen sich eine Schule vor Ort, die alle Bildungsabschlüsse anbietet“, so Petra Himmelpach-Haas von den Grünen. Ihre Fraktion hatte 2022 noch gegen ein Gymnasium gestimmt. Dass sie sich nun offen für eine Verbundschule zeigt, brachte ihr Lob von CDU und FDP ein, die stets ein Gymnasium befürwortet hatten.

Der Schulverbund soll eine gemeinsame Schulleitung und gemeinsame Gremien erhalten, Sprachenfolge, Lehrpläne und Raumkonzepte sollen aufeinander abgestimmt werden, damit Schüler*innen zwischen den Schulen wechseln können. Cafeteria, Bibliothek und Fachräume sollen gemeinsam genutzt werden, während Klassenräume je nach Bedarf der einen oder der anderen Schulart zugeschlagen werden können. „Die Verbundschule gibt uns die Flexibilität, die wir brauchen“, betonte Amtsleiterin Silke Donnermeyer vom Amt für Schule und Bildung.

Inklusion umstritten

Ein Ansatz, der nicht alle überzeugte. „Statt paralleler Strukturen bräuchte es ein echtes Miteinander“, so Esther Grunemann von Eine Stadt für alle, die sich wie FR4U auf den Verein „Inklusion neu denken“ berief. Felicia Fehlberg zitierte diesen so: „Hier droht, dass sich bestehende Barrieren verfestigen.“ Und auch Ramon Kathrein (Kultur/Inklusion) schloss sich dieser Befürchtung an. Petra Zimmermann von den Freien Wählern konnte das nicht nachvollziehen: „Hier haben wir die Möglichkeit, Inklusion von Anfang an mitzudenken und die Schule entsprechend auszustatten.“

Nach der Entscheidung mit 28 Ja- und 14 Nein-Stimmen sowie zwei Enthaltungen, wird die Schule nun in direkter Nachbarschaft zur bestehenden Grundschule geplant. Vorgesehen ist auch eine große Sporthalle. Das wird ein Spatenstich, auf den sich Ortsvorsteherin Silvia Schumacher schon jetzt freut: „Wir drehen Runde drei im Gemeinderat, irgendwann muss ein Knopf drauf.“ Klaus Schüle von der CDU ergänzte: „Wir sollten den Blick jetzt nach vorne richten. Es geht um eine passgerechte Entscheidung für den Tuniberg. Es geht um die Sache.“

Schillernd schön und tierisch wichtig

Unsere Welt ist voller Insekten. Manche stoßen auf allgemeine Bewunderung, wie etwa der hier abgebildete Blaue Morphofalter (Morpho rhetenor). Tigermücke und Co. haben dagegen weniger Fans. Doch ohne Insekten geht nichts – für uns und unsere Ökosysteme sind sie überlebenswichtig: zum Bestäuben von Pflanzen, als Nahrung für andere Tiere oder als „Recyclingprofis“. Aus diesem Grund widmet ihnen das Museum Natur und Mensch die Sonderausstellung „Insekten“. Unzählige Insektenpräparate, faszinierende Makrofotografien von Janosch Waldkircher und Mitmachstationen laden zum Erforschen ein. Unter dem Mikroskop kommen faszinierende Details zum Vorschein, etwa die Facettenaugen einer Biene. Wie man damit sieht, lässt sich mit passenden Brillen ausprobieren. Und wer sein Wissen vertiefen möchte, kann an Themenführungen, Exkursionen und Workshops teilnehmen, bei „Insektendates“ den Tieren auf Augenhöhe begegnen oder bei Familiennachmittagen erfahren, warum man „keine Angst vor Krabbeltieren“ haben muss.

Museum Natur und Mensch, Gerberau 32, Di 10–19 Uhr, Mi–So, 10–17 Uhr,
Eintritt: 5 Euro/erm. 3 Euro, unter 27 J. frei, www.museen.freiburg.de/mnm

Namen und Nachrichten

Amt für Brand- und Katastrophenschutz

Der Gemeinderat hat Christian Emrich zum neuen Leiter des Amtes für Brand und Katastrophenschutz gewählt. Er wird die Stelle im Oktober antreten. Der gebürtige Schwanauer war nicht nur bei der Freiwilligen Feuerwehr, sondern ist auch studierter Rettungsingenieur und langjähriger Feuerwehrprofi mit internationaler Berufserfahrung. Seit 2011 trug er in der Münchner Branddirektion Verantwortung unter anderem als Gesamteinsatzleiter, im Lagedienst der Leitstelle und im Krisenmanagement. Davor war er am Aufbau zeitgemäßer Rettungssysteme in mehreren Ländern, etwa den USA, beteiligt. Ehrenamtlich engagiert sich der 40-Jährige für die Bewegung von Kindern. Emrich ist mit Leistungssport aufgewachsen und fuhr seinerzeit mit dem RSV Ebnet Radrennen in der Regionalliga. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Joachim Sproß wird Stiftungsdirektor

Die Stiftungsverwaltung bekommt zum 15. Oktober eine neue Leitung: Der Stiftungsrat hat in seiner jüngsten Sitzung Joachim Sproß zum Stiftungsdirektor gewählt. Der 58-Jährige bleibt bis zu seinem Wechsel Bundesgeschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Muskelkranke. Sproß leitete zuvor unter anderem den Fachbereich Jugend, Schulen und Sport bei der Stadt Lörrach und die Dieter-Kaltenbach-Stiftung. Mit dem Sport verbindet den ehemaligen Profihandballspieler auch seine Tätigkeit als Trainer und Berater im Leistungssport. Die sechs kommunalen Stiftungen unter dem Dach der Stiftungsverwaltung haben knapp 600 Mitarbeitende und einen jährlichen Haushalt von rund 55 Millionen Euro.

Straßennamen „Hinter den Gärten“

Der Ortschaftsrat Tiengen hat zwei neue Straßennamen für das Baugebiet „Hinter den Gärten“ vergeben. Der Verbindungsweg für den nördlichen Nachbarschaftshof erhält den Namen „Kräuterhof“, der Verbindungsweg für den südlichen Nachbarschaftshof heißt in Zukunft „Zwiebelgarten“. Der Weg, der zur ehemaligen Gärtnerei Hassler führt (Hinter den Gärten 10) wird der Mengener Straße zugeordnet.

Drei Fragen an Tubalehrer Joseph Grauel

über den Infotag der Musikschule

Ihren 75. Geburtstag feiert in diesem Jahr die Musikschule. Zum Jubiläumsprogramm gehört auch der Infotag am 28. Juni in der Turnseeschule, an dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene (fast) jedes Instrument ausprobieren und mit Lehrkräften sprechen können – so wie wir mit dem Tubisten Joseph Grauel.

1. Die Tuba ist das Instrument des Jahres 2024. Was macht dieses Bügelhorn so besonders?

Harmonie bedeutet Einklang und kann nur dann entstehen, wenn eine Verbindung zur Basis besteht. Bei der Tuba schwingt alles mit, weil sie die harmonische Basis ist. Was passiert, wenn sie fehlt, formulierte der Komponist Hanns Eisler salopp so: „Hör ich keinen Bass, schieß ich auf die Melodie.“ Die Tuba erdet – und verbindet Menschen. Und das zeigt sich dann bei Festen, etwa zum Jahr der Tuba oder jeden ersten Freitag im Mai, am Internationalen Tag der Tuba.

2. Wie viel Zeitaufwand muss ich einplanen, um ein Instrument zu lernen?

Das erinnert mich an den Witz: Der Tubaschüler lernt in der ersten Stunde die ersten zwei Töne, in der nächsten Stunde die nächsten drei. Bei der dritten Stunde fehlt er plötzlich. Ein Anruf erhellt, dass er sich vor lauter Aufritten nicht mehr retten kann. Spaß beiseite; die gute Nachricht ist: Das Musizieren beschränkt sich nicht auf das handwerkliche Können beim Instrumentenspielen oder beim Singen. Die weniger gute: Das handwerkliche Können findet nach oben keine Grenze. Anfangen ist das Wichtigste.

3. Wie finde ich heraus, welches Instrument zu mir passt?

Ganz klar, probieren geht über studieren. Denn nicht der Musiker findet sein Instrument, sondern das Instrument den Musiker. Es ist wie bei Harry Potter: Auch er musste erst ein paar Zauberstäbe ausprobieren, bis der passende Stab ihn gefunden hat. Und dann ist es wie mit der Liebe: Sie bleibt kurz oder lang oder sogar ein ganzes Leben.

Infotag der Musikschule: Sa, 28.6., 10–13 Uhr, Turnseeschule (Turnseestr. 14)

www.musikschulefreiburg.de

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Schulkonzept Tuniberg: vielseitig und innovativ

Die Planung für die weiterführende Schule am Tuniberg bewegt Freiburg schon lange. Die Einführung von G9 und der wachsende Bedarf an Gymnasialplätzen stellt uns in Freiburg vor Herausforderungen. Um den verschiedenen Anforderungen gerecht zu werden, haben wir uns in der erneuten Diskussion um die Schulform am Tuniberg für eine Verbundschule eingesetzt. So können zwei verschiedene Schulformen unter einem Dach verbunden werden: eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium.

„Eine Verbundschule für den Tuniberg bringt viele Vorteile mit sich“, so Stadträtin Petra Himmelspach. „Dieses innovative Schulkonzept spricht alle Kinder an, die am Tuniberg leben – egal, ob sie ein Gymnasium oder eine Gemeinschaftsschule besuchen wollen. Durch die Verbundschule am Tuniberg muss kein Kind mehr in die Innenstadt pendeln.“ Die Verbundschule kann flexibel auf den Elternwillen reagieren. Wenn sich mehr Schüler*innen für den Gemeinschaftsschulzweig anmelden, werden mehr Züge Gemeinschaftsschule angeboten. So kann die Schule passgenau auf die Wünsche der Eltern und Schüler*innen vor Ort eingehen. Darüber hinaus wird durch die gymnasialen Züge eine Oberstufe am Tuniberg garantiert. „Wir bauen hier eine komplett neue Schule. Das ist eine riesige Chance für ein innovatives pädagogisches Konzept mit gemeinsamen Jahrgangshäusern und Differenzierungsräumen, das Inklusion auf allen Niveaustufen, auch im gymnasialen Zug, ermöglicht. Eine engagierte Schulleitung und ein gemeinsames Kollegium können diesen Geist von Anfang an leben“, so Petra Himmelspach.

Fragen und Antworten zur Verbundschule am Tuniberg unter <https://gruenlink.de/n5sv17j4qr>

Kinder- und Jugendbeteiligung stärken und ausbauen

Junge Menschen haben viele Ideen, wie unsere Stadt lebenswerter gestaltet werden kann. Doch ihre Bedürfnisse werden im politischen Alltagsgeschäft oft übersehen und kommen zu kurz. „Wir sind überzeugt, dass diese Ideen und Gedanken viel mehr Aufmerksamkeit verdient haben, und dass von vielen dieser Ideen die gesamte Stadtgesellschaft profitieren könnte“, so Stadträtin Katharina Mohrmann.

Mit dem Pilotprojekt „Speak Up – Eure Stadt. Eure Themen.“ wird nun ein neues Beteiligungsformat für junge Menschen getestet. In dem Projekt erhalten junge Menschen die Möglichkeit, vor jeder Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses ihre Themen und Anliegen persönlich anzubringen. Die Themen können sie vorher unkompliziert online einreichen, bei Bedarf werden sie in der Vorbereitung oder beim Vortragen vom Jugendbüro unterstützt. So können junge Menschen direkt mit Stadträt*innen in Austausch kommen und ihre Anliegen an prominenter Stelle einbringen.

Wir sehen in dem Projekt einen wichtigen Schritt, um Kinder- und Jugendbeteiligung in Freiburg weiter zu stärken und auszubauen. „Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass weitere Beteiligungsformate geschaffen und getestet werden, die möglichst viele Kinder und Jugendliche niederschwellig ansprechen. Wir wollen auch diejenigen erreichen, die sich von klassischen Jugendbeteiligungsformaten nicht abgeholt fühlen und deren Perspektiven noch häufiger übersehen werden“, so Katharina Mohrmann.

Fragen und Antworten: Erhaltungssatzung Waldsee

Die geplante Aufhebung der städtebaulichen Erhaltungssatzung Waldsee sorgt für Aufregung und Befürchtungen. Daher möchten wir für etwas Klarheit in der Debatte sorgen.

Vor einem Monat hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit die Verwaltung zum einen beauftragt, eine Aufhebungssatzung einzubringen. Zum anderen wurde die Verwaltung parallel dazu beauftragt, „ein Entwicklungskonzept für das Gebiet der bisherigen Erhaltungssatzung zu erarbeiten“, in das die Vorarbeiten für die Gestaltungssatzung einfließen sollen. Beides wird in die gemeinderätlichen Gremien eingebracht werden, sodass noch ausreichend Zeit für Diskussionen besteht.

Warum auch ohne Erhaltungssatzung in Waldsee keine Hochhäuser gebaut werden, was der Unterschied zwischen einer städtebaulichen und einer sozialen Erhaltungssatzung ist und wie es weitergeht, beleuchten wir in einer FAQ auf unserer Website unter <https://gruenlink.de/t3h05u2iv8>

Eine Stadt für alle

Eine Schule für alle!

Die geplante Gemeinschaftsschule am Tuniberg soll um ein Gymnasium erweitert werden, um den Bedarf durch G9 und steigende Schülerzahlen ab 2032 zu decken. Die Einrichtung einer sogenannten „Verbundschule“ wird von den Tuniberggemeinden begrüßt, da viele Schüler*innen nicht mehr den Weg nach Freiburg nehmen müssten, sondern wohnortnah zur Schule gehen könnten.

Pädagogischen Kern erhalten!

Wir befürworten zwar eine schnelle Einrichtung einer Schule am Tuniberg, lehnen jedoch die Umwandlung des erst 2023 beschlossenen Konzepts der Gemeinschaftsschule in eine Verbundschule ab. Wichtige pädagogische Gründe sprechen dagegen: Der pädagogische Kern einer Gemeinschaftsschule, so auch ausdrücklich in der Beschlussvorlage von 2023 benannt, ist es, für alle Leistungsstufen eines Jahrgangs offen zu sein. Gerade die Durchmischung ist entscheidend, damit das pädagogische Konzept aufgeht: Leistungsstärkere Schüler*innen ziehen schwächere mit und profitieren von individualisierten, selbst organisierten Arbeitsformen.

Im Verbund würden Schüler*innen mit Gymnasialempfehlung jedoch separat am Gymnasium unterrichtet. Die Durchmischung entfällt, wodurch das mehrgliedrige Schulsystem weiter besteht – ein System, dessen Erfolg laut dem Freiburger Schulentwicklungsbericht 2024 nach wie vor stark vom Elternhaus abhängt.

Verbundschule schafft keine echte Inklusion

Auch der Verein „Eine Schule für alle“ kritisiert, dass ein gemeinsames pädagogisches Verständnis in zwei sich konkurrierenden Schularten kaum realisierbar ist. Unterschiedliche Unterrichtskonzepte und Formen der Leistungsmessung verhindern eine wirkliche Inklusion. Gemeinsame Angebote außerhalb des Klassenzimmers, wie Bibliothek oder Cafeteria, können darüber nicht hinwegtäuschen.

Der Verein „Inklusion neu denken“ kritisiert die Verbundschule ebenfalls. Zwei getrennte Schularten unter einem Dach genügen echter Inklusion nicht. Statt paralleler Strukturen bräuchte es ein echtes Miteinander in Form von gemeinsamen Lernräumen, individueller Förderung und dem bewussten Zusammenführen von Vielfalt als gelebter Alltag. Trotz geplanter Durchlässigkeit droht der Verbund bestehende Barrieren eher zu verfestigen, statt Vielfalt zu fördern.

Deutschland hat sich mit der UN-Behindertenrechtskonvention 2009 verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Mit der Verbundschule bleibt aber ein segregierendes Schulmodell erhalten. Stattdessen brauchen wir echte Gemeinschaftsschulen ohne Selektion. Deshalb fordern wir konsequent eine Schule für alle, die den gesellschaftlichen und inklusiven Ansprüchen gerecht wird, die wir unseren Kindern schulden.

Schule für alle statt sozialer Spaltung

In der Debatte um die Schule am Tuniberg hat sich die Fraktion SPD+Junges Freiburg mehrheitlich klar gegen die geplante Gründung einer sogenannten Verbundschule ausgesprochen und noch einmal für die Einrichtung einer eigenständigen Gemeinschaftsschule argumentiert. Denn aus Sicht der bildungspolitischen Sprecherin Viviane Sigg steht fest: „Was hier als pragmatische Lösung verkauft wird, ist in Wahrheit pädagogisch rückwärtsgewandt und sozialpolitisch riskant.“ Letztlich laufen die Planungen einer Verbundlösung aus Gemeinschaftsschule und Gymnasium, die nun eine Mehrheit im Gemeinderat fanden, der Idee einer gerechten Schulentwicklung zuwider.

„Ein Schulverbund vereint organisatorisch zwei Systeme unter einem Dach, die doch unterschiedlicher kaum sein können“, erläutert Viviane Sigg. Unterschiedliche Stundentafeln und Bildungspläne sowie keine echten gemeinsamen Klassen oder Lernpfade führen nicht zu mehr Durchlässigkeit, sondern verfestigen soziale Unterschiede. Bildungsexpert:innen sprechen in diesem Zusammenhang von institutioneller Segregation. Dass gerade Freiburg laut dem aktuellen Schulentwicklungs- und Sozialbericht eine ausgeprägte soziale Entmischung unter seinen Schulkindern aufweist, verschärft für die Fraktion den Handlungsdruck. Zugleich zeigen die aktuellen Anmeldezahlen einen klaren Trend zu den neu gegründeten Gemeinschaftsschulen im Freiburger Stadtgebiet – das Modell findet derzeit offenkundig regen Anklang bei Kindern und Eltern.

Bildungsgerechtigkeit braucht konsequente Entscheidungen

„Gerade eine Gemeinschaftsschule ist die einzige Schulform im Land, die konsequent inklusiv arbeitet – mit individuellen Lernwegen und echter Differenzierung“, betont Sigg. Der geplante Schulverbund würde dagegen zwei Schulsysteme nebeneinanderstellen und die angestrebte Vielfalt verhindern. Aktuelle Studien zeigen zudem, dass solche Modelle Bildungsungleichheit nicht abbauen, sondern verstärken.

SPD+Junges Freiburg fordert deshalb eine mutige und zukunftsweisende Schulentwicklung, die sich am gesamtstädtischen Bedarf orientiert und allen Kindern, unabhängig von Herkunft und Lebensumständen, gleiche Bildungschancen ermöglicht. Dennoch gilt es nach dem Votum des Gemeinderats laut Sigg nun, den Blick auf die Zukunft zu richten und die weiteren Planungen beherzt anzugehen: „Die Familien am Tuniberg warten seit Jahren auf eine zukunftsfähige, inklusive Schulstruktur. Nun ist es an der Zeit zu handeln, anstatt weiter über Türschilder zu diskutieren.“

FR4U

Mehr Trennung als Verbund

Der Gemeinderat hat mehrheitlich beschlossen, dass am Tuniberg eine Verbundschule aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule entstehen soll. Wir haben uns gegen diesen Verbund ausgesprochen, da er nach unserer Ansicht mehr Trennendes als Verbindendes enthält.

Die Gemeinschaftsschule setzt darauf, dass alle Kinder gemeinsam lernen und je nach Leistungsstufe in den einzelnen Fächern passgenau gefördert werden. Gerade die unterschiedlichen Stärken in den Lerngruppen machen die Gemeinschaftsschule aus, die Kinder lernen mit- und voneinander. Das Gymnasium hingegen setzt auf Separation nach der 4. Klasse. Dabei ist es unerheblich, ob ein Kind zum Beispiel in Mathe sehr gut, in Deutsch aber schlecht ist, es zählt hauptsächlich der Notenschnitt. In einem Verbund mit einem Gymnasium ist die Gefahr groß, dass der Gemeinschaftsschule die „guten“ Schüler*innen in den Lerngruppen fehlen. Dadurch wird diese Schulform geschwächt.

Auch für die Inklusion ist das Modell nicht förderlich. Statt einer Schule, auf der alle Kinder gemeinsam lernen, findet wieder eine Trennung der Schüler*innen nach der 4. Klasse statt. Dieses Konzept halten wir für rückwärtsgewandt.

Durch die Wiedereinführung von G9 hat die Stadt das Problem, dass es mehr Gymnasialplätze braucht. Die Schule am Tuniberg soll diese Lücke schließen. Rund ein Drittel der Schüler*innen soll aus dem Stadtgebiet mit extra einzurichtenden Buslinien an den Tuniberg gefahren werden. Wir glauben nicht, dass dies im Sinne der Schüler*innen ist.

Die Verbundschule ist ein bildungspolitischer Rückschritt und wir werden die Einrichtung kritisch verfolgen.

Gelungene Maßnahmen für Sicherheit und Ordnung

Messerverbotszone

Freiburg bleibt im landesweiten Vergleich bei Straftaten weiterhin auf einem unrühmlichen Spitzenplatz, obwohl die Zahl der Straftaten im vergangenen Jahr gesunken ist. Dies kann zwar als positiver Trend eingestuft werden, jedoch ist die Zunahme von Gewaltdelikten, insbesondere bei Messerattacken, besorgniserregend. Aus diesem Grund begrüßen wir die vom Oberbürgermeister geplante Messerverbotszone am Stühlinger Kirchplatz, denn dies legitimiert vor allem die Polizei, Messer jeglicher Art einzuziehen. In der Konsequenz ist das Verbot aus unserer Sicht auch ein positives Signal an die Polizei, denn die täglich mehrmals stattfindenden Messeraufgriffe ohne Beschlagnahmemöglichkeit sind den Einsatzkräften nicht länger zumutbar.

Erfolgsmodell Nachtmediatoren

Wenn in Freiburg gefeiert wird, sind Ordnungsstörungen manchmal nicht weit: Müll, laute Musik, fröhliche Menschen neben ruhebedürftigen Anwohnenden, unterschiedliche Kulturen und Bedürfnisse treffen aufeinander. Solche Situationen können herausfordernd sein. Um ein harmonisches Miteinander zu fördern, setzt die Stadt Freiburg daher auf die Unterstützung der engagierten Nachtmediatoren. Vor allem in den beliebten Parks und Plätzen der Stadt sind sie unterwegs. Die speziell geschulten Fachkräfte nehmen dabei mehrere Rollen auf einmal ein: sie minimieren Lärmbelästigungen in den späten Stunden, vermitteln bei Konflikten und sind erste Ansprechpartner bei Sorgen und Problemen. Dabei haben sie stets ein offenes Ohr, sind Ersthelfer, Konfliktmanager und Vermittler in einer Person. Kurz gesagt, sie sorgen dafür, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger ernst genommen fühlen. Der Einsatz der Nachtmediatoren ist ein Konzept, das sich in Freiburg bewährt hat. Die Unterstützung für dieses Projekt wurde von unserer Fraktion aktiv eingefordert. Wir freuen uns sehr, dass das Konzept nach wie vor so gut funktioniert.

Stadt und Land gehen Hand in Hand

Durch die gute Zusammenarbeit zwischen dem gemeindlichen und dem polizeilichen Vollzugsdienst sind die positiven Effekte der Sicherheitspartnerschaft zwischen Stadt und Land weiterhin spürbar, aufgrund deren Fortschreibung die Stadt aktuell über eine bessere personelle Ausstattung der Polizei verfügt. Mit Nachtmediatoren, Vollzugsdienst und der gut motivierten Polizei haben wir ein etabliertes und eingespieltes System.

Freie Wähler

Erhaltungssatzung im Stadtteil Waldsee

Die Debatte um die Gestaltungssatzung im Waldsee ist nachvollziehbar. Sie schützt das Stadtbild, erschwert aber auch den dringend benötigten Wohnungsbau durch bürokratische Hürden. Das Argument, Satzungen seien nur gegen „böse Investoren“, wirkt populistisch. Das eigentliche Problem liegt in der Verwaltung, da es zwischen Bauamt und Umweltschutzamt Unstimmigkeiten gibt, die den Fortschritt blockieren. Die Instrumente sind grundsätzlich sinnvoll, werden aber nicht immer richtig genutzt. Lösungen könnten klare Strukturen, Abschaffung der Satzung oder einheitliche Regelungen für alle Stadtteile sein. Was fehlt, sind entschlossene Personalentscheidungen. Hier ist vor allem der OB gefragt, um Freiburg zukunftsfähig zu machen. Nur so kann die Stadt den Wohnraummangel bewältigen und lebenswert bleiben.

FDP/Bürger für Freiburg

Parkplätze in der Wiehre ersatzlos gestrichen

In der Wiehre wurden jüngst zahlreiche bisher regulär nutzbare Parkplätze mit absoluten Halteverboten belegt. Nach bisherigem Kenntnisstand sind 50 Stellplätze betroffen. Die Maßnahme erfolgte bedauerlicherweise ohne vorherige Information an die Anwohner. Dies führt zu Verunsicherung und Unverständnis in der Nachbarschaft, zumal die Parkplatzsituation in der Wiehre bereits angespannt ist.

Wir nehmen diese Rückmeldungen aus der Bürgerschaft sehr ernst und sind der Auffassung, dass Maßnahmen dieser Art im Vorfeld transparent kommuniziert werden müssen. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, die Maßnahme zeitnah zu überprüfen. Derzeit liegt keine nachvollziehbare Begründung vor, weshalb die betroffenen Parkplätze ersatzlos gestrichen wurden und ob der Rückgang an Fahrzeugen im Quartier eine Reduzierung in diesem Umfang überhaupt rechtfertigt.

AfD

Waffen- und Messerverbotszone am Stühlinger Kirchplatz – überfälliges Signal

Die Einrichtung einer Waffen- und Messerverbotszone am Stühlinger Kirchplatz begrüßen wir als sinnvolle Maßnahme zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit. Die Probleme in diesem Bereich sind lange bekannt: wiederholte Polizeieinsätze und ein Gefühl der Unsicherheit bei Anwohnern und Passanten.

Entscheidend ist, dass das Verbot nicht nur auf Schildern steht, sondern durch Kontrollen und sichtbare Polizeipräsenz durchgesetzt wird.

Die AfD-Gruppe hätte es zudem begrüßt, wenn der Antrag im Haushaltsentwurf angenommen worden wäre, acht zusätzliche Stellen für den kommunalen Ordnungsdienst zu schaffen. Der Antrag wurde jedoch vom gesamten Gemeinderat inklusive Oberbürgermeister Horn abgelehnt.

Aus kommunalpolitischer Sicht fordern wir, auch weitere kritische Orte im Stadtgebiet zu prüfen und bei Bedarf ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Ziel ist eine vorbeugende Sicherheitspolitik – nicht bloß Reaktion auf öffentlichen Druck.

Kultur/Inklusion

Morat-Hallen brauchen solide Finanzierung!

Die Morat-Hallen sind ein großzügiges Geschenk und eine große kulturelle Chance für Freiburg. Hier arbeiten Städtische Galerie und Szene „Halle an Halle“ zusammen. Doch dieser mächtig große Standort braucht eine gesicherte Betriebsgrundlage – die fehlt!

„Stell Dir vor, es gibt Kulturraum, aber keine Grundlage, was daraus zu machen.“ Wir haben „erstklassiges Geschirr“ geschenkt bekommen, ohne uns bislang Gedanken über das Essen zu machen. Es fehlt weiterhin: eine Anpassung des Galerie-Budgets, ein eigenes Szene-Budget für Kuratation, Programm und Betrieb der Halle Nord, eine Überprüfung der Personalmittel im Kulturamt sowie eine finanzielle Grundlage für eine gelungene Eröffnung am 28. November. Wir müssen zeitnah zu Ergebnissen kommen!

Gemeinderat vom 3. Juni in Kürze

Neues Klimaquartier Zähringen

Zähringen folgt nach dem Beschluss des Gemeinderats dem Stadtteil Waldsee als Klimaquartier. Auch die angrenzenden Stadtteile Brühl, Herdern und Hochdorf sollen einbezogen werden. Ziel ist es, dort das Bewusstsein für den Klimaschutz zu stärken, die Bürger*innen zur Mitwirkung zu motivieren und die Voraussetzungen für umweltfreundliches Verhalten zu verbessern. Das auf zwei Jahre angelegte Projekt fokussiert sich auf die Bereiche Gebäude, Mobilität, Konsum und Ernährung. Dabei wird vor allem die Zusammenarbeit mit Vereinen angestrebt. Für die Umsetzung stehen Fördermittel in Höhe von gut 300.000 Euro aus dem Landeswettbewerb „Auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2035“ bereit. Die Stadt beteiligt sich mit zehn Prozent an den Kosten.

Wald für Windkraft auf dem Roskopf

Mit großer Mehrheit stimmte der Gemeinderat der temporären Umwandlung von 32.000 Quadratmetern Stadtwald am Roskopf zu. Notwendig sind die Rodungsarbeiten für Transport und Bau der dort geplanten Windenergieanlage, die ab 2026 Strom für 12.000 Haushalte liefern soll. Knapp die Hälfte der Fläche wird direkt nach Abschluss der Bauarbeiten wieder bepflanzt. Der Rest soll nach Abbau der Anlage, also frühestens in 25 Jahren, wieder bepflanzt werden. Als Ausgleich wurde bereits eine Fläche im Mooswald aufgeforstet. Außerdem werden Ökopunkte erworben und gut 100 Fledermauskästen aufgehängt. Die Anlage „Roskopf Südwest“ ist bereits genehmigt. Für die Standorte „Kleiner Roskopf“ und „Kleiner Roskopf Nord“ wird die Genehmigung im Sommer 2025 erwartet.

Preiserhöhung für Bus und Bahn

Zur Kenntnis genommen haben die Ratsmitglieder die zum 1. August im öffentlichen Nahverkehr geplanten Preiserhöhungen um durchschnittlich rund fünf Prozent (wir berichteten). Bis auf das Deutschlandticket werden aller Fahrkarten teurer. Wer sein Ticket digital über eine der gängigen Apps erwirbt, erhält einen Rabatt von bis zu 10 Prozent. Grund für die Erhöhung sind insbesondere die deutlich gestiegenen Personalkosten.

Mehr Tempo beim PV-Ausbau

Um den Ausbau von Photovoltaikanlagen (PV) zu beschleunigen, hat die Verwaltung einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erarbeitet und dem Gemeinderat zur Kenntnis gegeben. Das Spektrum reicht von verstärkter Öffentlichkeitsarbeit bis zu expliziten Vorgaben in Bebauungsplänen. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind aktuell schon in der Umsetzung, bei anderen müssen noch Fragen geklärt werden. Generell sieht die Verwaltung in Freiburg sehr günstige Voraussetzungen für einen beschleunigten Ausbau, kennt aber auch bestehende Herausforderungen, auf die sie, wie bei der Einspeisevergütung oder dem Fachkräftemangel, zum Teil aber keinen Einfluss hat. Künftig will sich die Verwaltung nicht nur auf Dächer konzentrieren, sondern auch die Belegung von Freiflächen, Parkplätzen, Verkehrswegen, Fassaden oder Baggerseen prüfen.

„Frohnholz“ wird Schonwald

Einstimmig hat der Gemeinderat beschlossen, das 58 Hektar große Waldgebiet „Frohnholz“ in unmittelbarer Nachbarschaft zum Mundenhof, dem Rieselfeld und dem neuen Stadtteil Dietenbach als Schonwald ausweisen zu lassen. Mit seinen teilweise über 200 Jahre alten Eichen ist das Frohnholz ein wertvolles Zeugnis traditioneller Mittelwald-Bewirtschaftung. Als Schonwald kann es mit dem Fokus auf die seltenen und geschützten Tier- und Pflanzenarten gepflegt werden und bleibt für die Waldbesucher*innen erlebbar. Außerdem macht der neue Schutzgebietsstatuts dort möglich, was nach dem Waldgesetz eigentlich verboten ist: durch extensive Beweidung die heute vorhandenen lichten Bereiche dauerhaft offenzuhalten und so die Lebensräume lichtbedürftiger Arten zu schützen.

„SpeakUp“ gibt der Jugend eine Stimme

Mit „SpeakUp – Eure Stadt. Eure Themen. Eure Stimmen“ will der Gemeinderat ein neues Format der Jugendbeteiligung etablieren (wir berichteten). Dabei können Kinder und Jugendliche wichtige Anliegen, die sie zuvor im Onlineportal freiburgXtra angemeldet haben, direkt den Mitgliedern des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vortragen. Das gemeinsam mit dem Jugendbüro entwickelte Projekt soll nach einer Pilotphase ausgewertet werden, um auf dieser Basis über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Nutzungskonzept für die Morat-Hallen

Gegen die Stimmen der AfD hat der Gemeinderat beschlossen, wie die Morat-Hallen in der Lörracher Straße 31 künftig bespielt werden sollen. Die südliche Halle wird bis auf Weiteres vom Morat-Institut genutzt, das bis Ende 2026 seine Sammlung in Zusammenarbeit mit den städtischen Museen wissenschaftlich erfasst. Ab 2027 kann das Institut die Räume langfristig mieten. Die mittlere Halle soll, ähnlich wie das bisherige L6, als städtische Galerie der regionalen Kunstszene zur Verfügung stehen. Die nördliche Halle ist als Raum für die Szene konzipiert, über Bewerbungen entscheidet eine fünfköpfige Kommission mit Fachleuten der regionalen Kunstszene. Bevor der Betrieb beginnen kann, wird das städtische Immobilienmanagement das Gebäude noch durch den Einbau von Fluchttüren, Toiletten, Teeküche, Reinigungsraum sowie

Sicherheitstechnik und Beleuchtung ertüchtigen. Dafür stehen knapp 600.000 Euro zur Verfügung.

Proberäume für lokale Bands

16 temporäre Proberäume für regionale Bands entstehen Ende diesen Jahres bei der Edith-Stein-Schule. Die Kosten von rund 1,6 Millionen Euro sind im Haushalt eingeplant. Die Verwaltung und Vergabe der Module übernimmt nach einstimmigem Beschluss des Gemeinderats der Verein Multicore. Die Vergabe der Räume richtet sich nach klaren Kriterien, bei denen neben künstlerischer Aktivität auch Diversität und soziale Aspekte eine Rolle spielen. Multicore plant auch Workshops und Fördermaßnahmen für Freiburger Musiker*innen. Eine Mitnutzung der Module durch die Musikschule ist vorerst nicht vorgesehen, da dies baurechtlich zu aufwendig wäre. Als dauerhafter Standort ist eine Freifläche in der Schönauer Straße geplant, auf der bis zur Fertigstellung des neuen Rettungszentrums noch Container und Gerätschaften des Katastrophenschutzes untergebracht sind.

Sanierung Haslach Südost abgerechnet

Die städtebauliche Sanierungsmaßnahme Haslach Südost ist rund vier Jahre nach Fertigstellung der letzten Sanierungs- und Umgestaltungsarbeiten jetzt auch haushaltstechnisch abgeschlossen. Das Rechnungsprüfungsamt hat die Richtigkeit der Jahresabschlüsse 2023 und 2024 festgestellt, sodass die Sanierungssatzung jetzt aufgehoben werden kann. Insgesamt wurden in dem Sanierungsgebiet rund um die Belchenstraße 51 Millionen Euro investiert, überwiegend von der Freiburger Stadtbau und der Stadt selbst. Die Gesamtkosten der geförderten Sanierungsprojekte lagen bei 12,6 Millionen Euro und wurden zur Hälfte aus Mitteln der Städtebauförderung gedeckt. Ohne die Unterstützung von Bund und Land sowie dem Komplementäranteil der Stadt wären die Sanierungen nicht möglich gewesen.

Baurecht auf dem früheren Obi-Areal

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Areal des früheren Obi-Baumarktes und auch die dafür notwendige Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen. Damit kann der Investor, die Freiburger Firma Unmüssig, innerhalb der nächsten fünf Jahre ihre Planungen umsetzen. Der bestehende Gebäudekomplex des ehemaligen Baumarkts soll abgerissen und durch eine Neubebauung mit insgesamt 160 bis 180 Wohnungen ersetzt werden. Das urban gemischte Quartier sieht einen breiten Wohnungsmix für unterschiedliche Nutzergruppen von Singles bis Familien vor, außerdem sind zur fußläufigen quartiersnahen Versorgung diverse Nutzungen wie Bäcker, Gastronomie, Apotheke, Frisör oder Arztpraxen geplant.

Grundstücksvergabe in Kleineschholz

Getrennt hat der Gemeinderat über die Vergabe der beiden verbliebenen Grundstücke im Baugebiet Kleineschholz abgestimmt, für die in der ersten Bewerbungsrunde keine vollumfänglich überzeugenden Bewerbungen eingegangen waren. Unstrittig und damit einstimmig war, dass die Genossenschaft GrünHaus das Grundstück MU12 an der Lehener Straße erhält. Ihr Konzept, so Baubürgermeister Haag, „setzt Maßstäbe“. „Sehr gut“ sei aber auch das von den Partnern Beckesepp und Unmüssig entwickelte Projekt Stadt | Land | Gut am zentralen Quartiersplatz. Mit einem kleinen Lebensmittelmarkt, einem Quartierscafé, einem als Inklusionsbetrieb konzipierten Restaurant sowie 100 Prozent gefördertem Mietwohnungsbau erfüllt es alle von der Stadt verlangten Kriterien, so Haag. An der Beteiligung des Projektentwicklers Unmüssig störten sich jedoch einige Ratsmitglieder; neun enthielten sich, zwei stimmten dagegen. Beide Akteure haben sich für den Kauf der Grundstücke entschieden und werden der Stadt im Gegenzug ein Wiederkaufsrecht einräumen. Der Kaufpreis beträgt insgesamt knapp 5,8 Millionen Euro. Als Nachrückerin für den Fall, dass eines der ausgewählten Projekte scheitert, wählte der Gemeinderat einstimmig die Wohnbaugenossenschaft Esche.

Glasfaser auch für Randgebiete

Beim Glasfaserausbau geht es voran: Bis Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte angeschlossen sein, ein Jahr später dann rund zwei Drittel. Gewerbliche Bereiche sind bereits zu über 85 Prozent erschlossen. Eine flächendeckende Versorgung soll es bis 2030 geben. In der Altstadt hat wegen der hohen Baukosten bislang wenig eigenwirtschaftlicher Ausbau stattgefunden. Hier ist eine Glasfaserverlegung für Firmen genauso unrentabel wie in abgelegenen Randgebieten. Für diese will Freiburg nun Fördermittel aus dem Programm „Lückenschluss“ beantragen. Dann trägt die Stadt zehn Prozent der Kosten, den Rest übernehmen Bund und Land. Für Ebnet gab es bereits eine Zusage (wir berichteten), und auch für den Stadtteil Waldsee ist ein Antrag gestellt. Nach der einstimmigen Zustimmung des Gemeinderats können nun auch weitere Förderanträge gestellt werden.

Diskussion über Messerverbotszone

Im gemeinderätlichen Haupt- und Finanzausschuss haben dessen Mitglieder über die Ausweisung einer Messer- und Wafferverbotszone für den Stühlinger Kirchplatz diskutiert. Da Polizeipräsident Franz Semling anwesend war, konnten auch polizeiliche Fachfragen direkt beantwortet werden. Die Zustimmung des Gemeinderats ist bei diesem Thema nicht erforderlich, die Entscheidungshoheit über eine entsprechende Verordnung liegt beim Oberbürgermeister. Im Ausschuss wurde aber deutlich, dass auch große Teile des Gemeinderats hinter dieser Entscheidung stehen. Lediglich FR4U und Eine Stadt für alle kritisierten, dass es sich eher um Symbolpolitik handle als um eine echte Lösung – das sahen die anderen Frak-

tionen aber anders. Nicht zuletzt, so Polizeipräsident Franz Semling, sei dies keine Entscheidung für die Ewigkeit: Wenn sich herausstellen sollte, dass die Verbotzone wirkungslos oder überflüssig sei, könne die Stadt die Verordnung jederzeit zurückziehen. Das unterstrich auch Oberbürgermeister Martin Horn. Er betonte, dass der Eingriff verhältnismäßig sein müsse. Wenn die geplante Evaluation ergeben sollte, dass die Messerverbotzone nicht mehr benötigt wird, dann werde sie auch wieder abgeschafft. (HFA, 26. Mai)

Schloss Ebnet erstrahlt in neuem Glanz – Bebauungsplan macht Entwicklung möglich

Nach langem Vorlauf hat der Gemeinderat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Schloss Ebnet und den umgebenden Park einstimmig genehmigt. Damit ist der Weg frei für den Bau von insgesamt 33 Ferienwohnungen. 24 davon entstehen in der heutigen Reithalle, weitere acht im geplanten Neubau Ost. Außerdem ist im Obergeschoss der Zehntscheune eine größere Ferienwohnung für eine Familie geplant. Mit dem Bebauungsplan ist festgelegt, dass die Einnahmen aus der Vermietung in die Sanierung und den langfristigen Erhalt des Schlosses fließen. Hierbei ist die Bauherrin bereits in Vorleistung getreten: In den vergangenen Monaten wurden Dachstuhl und Fassade saniert, das ganze Gebäude erstrahlt – nach Abbau des Gerüsts weithin sichtbar – in neuem Glanz. Für die Arbeiten im Schlosspark sind zwei Ausbaustufen vorgesehen. Zunächst werden die Bestandsgebäude umgebaut, in einem zweiten Schritt folgen dann die beiden Neubauten.

Migrantinnenbeirat neu gewählt

19 Mitglieder vertreten fünf Jahre lang alle Freiburger*innen mit Migrationshintergrund

Die neue Zusammensetzung des Freiburger Migrantinnenbeirats steht fest. 36 Kandidierende gab es, 19 wurden in das kommunalpolitische Gremium der Stadt gewählt. Sie vertreten fünf Jahre lang die Belange der Freiburger*innen mit Migrationshintergrund.

Von den 19 gewählten Mitgliedern im Migrantinnenbeirat sind 14 Frauen und 5 Männer, 16 sind Neulinge und drei haben bereits im bisherigen Beirat Erfahrung gesammelt. Wahlberechtigt waren 37.000 Menschen, 4000 mehr als bei der Wahl 2020. 2742 von ihnen und damit 7,4 Prozent haben bis zum 25. Mai ihre Stimme abgegeben. Vor fünf Jahren waren es 6,6 Prozent.

Die Migrantinnenbeiratswahl war die erste Wahl in Freiburg, bei der es statt einer Briefwahl eine digitale Abstimmung gab. In zwölf verschiedenen Sprachen wurden Wahlberechtigte durch die Online-Wahl geführt, sodass auch Menschen, die noch nicht so gut Deutsch sprechen, ohne fremde Hilfe ihre Stimme abgeben konnten. Dieser neue Weg ist vielversprechend: Die Beteiligung an der Online-Wahl war fast doppelt so hoch wie die an der Briefwahl fünf Jahre zuvor.

Die vier Wahllokale suchten die Wahlberechtigten seltener auf. Die Zahl derer, die vor Ort wählten, hat sich gegenüber 2020 mehr als halbiert.

Das Wahlergebnis konnte erst am 28. Mai und damit mit zwei Tagen Verspätung bekannt gegeben werden, da es Hinweise auf Unregelmäßigkeiten gegeben hatte. Bei der Prüfung stellte sich heraus, dass eine Person auch mit fünf Stimmzetteln anderer Wahlberechtigter abgestimmt hatte. Diese fünf Stimmen wurden aus dem Ergebnis gelöscht. Die Stadtverwaltung behält sich mögliche rechtliche Schritte gegen die Person vor.

www.freiburg.de/migrantinnenbeiratswahl

Zehn Jahre zentraler Dolmetschendenpool

Über 90 Sprachen – 20.000 Einsätze im Jahr

Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Sprache – das gelingt nur dank engagierter Dolmetschender. Seit 2015 gibt es in Freiburg einen zentralen Dolmetschendenpool, der jetzt seinen zehnten Geburtstag feiert. Im feierlichen Rahmen haben dieser Tage das städtische Amt für Migration und Integration (AMI) und der DRK-Kreisverband den runden Geburtstag ihrer gemeinsamen Online-Plattform gefeiert. Unter www.freiburg.de/dolmetschendenpool waren zum Start 124 Dolmetscher*innen und 46 Sprachen verfügbar. Inzwischen sind rund 360 Dolmetschende mit über 90 Sprachen im Pool vertreten, sie übernehmen 20.000 Einsätze pro Jahr.

Die Spannbreite reicht dabei von den gängigen Sprachen wie Englisch, Französisch, und Spanisch bis hin zu Albanisch, Ukrainisch oder Wolof.

Ziel der Einrichtung war und ist es, die Dolmetschenden umfassend zu qualifizieren. Die im Pool tätigen Personen erhalten Schulungen, die sie auf ihre Tätigkeit vorbereiten. Außerdem gibt es verschiedene Spezialisierungen – zum Beispiel für das Dolmetschen in medizinischen und therapeutischen Kontexten – und die Möglichkeit zur Supervision.

Dank ans Rote Kreuz

Um die Fachkoordination hat sich von Beginn an der DRK-Kreisverband gekümmert. In seinem Grußwort erwähnte AMI-Amtsleiter Markus Skiba insbesondere Asuman Unseld und Radmila Tošić vom DRK, die ihr langjähriges Know-how einbrachten. „Alle, die auf eine gute Kommunikation über Sprachbarrieren hinweg angewiesen sind, wissen den Wert einer erwartbaren, professionellen und diskret erbrachten Sprachmittler-Dienstleistung zu schätzen“, lobte Skiba die gemeinsam entwickelte Struktur.

Durch die Bündelung ließ sich für alle Träger außerdem der Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren. Vorher hatten acht Freiburger Institutionen eigene Listen – im Pool wurden 2015 alle zusammengeführt. Der Dolmetschendenpool steht allen sozialen Initiativen und Institutionen, die Dolmetschende benötigen, zur Verfügung. Diese bekommen einen Zugriff für die Online-Plattform und können dann selbst Kontakt mit den Dolmetschenden aufnehmen.

Mehr Geld für verwaiste Tiere

Stadt schließt mit Tierheim und Dragon Shelter neue Verträge ab

Katzen gehortet? Kampfhund beschlagnahmt? Schlange ausgesetzt? Für solche Tiere ist die Kommune zuständig. In Freiburg werden sie seit Jahrzehnten vom Tierheim aufgenommen, das dafür von der Stadt einen jährlichen Pauschalbetrag erhält. Dieser wurde nun erhöht – und auch der Verein Dragon Shelter bekommt Geld für die Aufnahme von Reptilien und Co. Bereits seit den 90er-Jahren besteht eine vertragliche Regelung mit dem Tierschutzverein. Der Verein nimmt Tiere auf, versorgt sie im Tierheim und vermittelt sie, wenn möglich, weiter. Dafür erhielt er von der Stadt bisher 250.000 Euro jährlich. Der Betrag wurde zuletzt 2019 angepasst.

Der Gemeinderat beschloss nun einstimmig, dass die Pauschale auf 550.000 Euro angehoben wird. Denn nicht nur die Ausgaben für Futter, Personal und Energie haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Immer mehr der rund 300 Tiere, die jährlich aufgenommen werden, sind auch komplizierte Fälle: Welpen, die wegen Tierseuchengefahr in Quarantäne müssen, gefährliche Hunde oder schwer erkrankte Katzen. Sie sind schwer vermittelbar. Dadurch sinken die Aufnahmekapazitäten, gleichzeitig steigen die Kosten pro Tier.

Damit kranke und behandlungsbedürftige Tiere versorgt werden können, bezuschusst die Stadt zudem den Neubau einer Krankenstation mit 52.000 Euro. Dieser Zuschuss von 30 Prozent an den Gesamtkosten ist nötig, damit auch das Land seine Beteiligung von 40 Prozent freigibt. Den Rest trägt der Tierschutzverein.

Geld für Dragon Shelter

Da sich die Haustierleidenschaft der Freiburger*innen nicht nur auf Hund und Katze beschränkt, schließt die Stadt nun zusätzlich auch einen Versorgungsvertrag über 35.000 Euro jährlich mit dem Verein Dragon Shelter.

Er ist eine von bundesweit fünf Einrichtungen, die Reptilien, Amphibien oder Wirbellose aufnehmen. Immer mehr Menschen legen sich exotische Haustiere wie Schlangen oder Skorpione zu, sind dann aber mit ihnen überfordert. Sie halten die Tiere nicht artgerecht oder setzen sie aus.

Da das Tierheim keine Möglichkeit hat, exotische Tiere unterzubringen, hat es sie auch bisher schon an Dragon Shelter weitergegeben. Nun schließt die Stadt einen direkten Vertrag mit dem Verein. „Mit dem Tierheim und Dragon Shelter haben wir zwei starke Partner, die sich mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften professionell um die Tiere kümmern“, zeigt sich Ordnungsbürgermeister Stefan Breiter zufrieden.

Ausländerbehörde kommt voran

65 Prozent der Anträge sind abgearbeitet

Die Personaloffensive trägt Früchte: Seit dem Sommer konnten die Rückstände in der Ausländerbehörde im Amt für Migration und Integration deutlich abgebaut werden. Warteschlangen vor dem Amt gibt es nur noch in Ausnahmefällen.

Manche Mitarbeitenden hatten ihre Stellen aufgestockt, Hilfskräfte wurden zusätzlich befristet eingestellt. Das so entstandene Plus an 8,5 Stellen hat dafür gesorgt, dass 65 Prozent der einst 14.500 offenen Anträge abgearbeitet und in manchen Sachgebieten wie bei der Familien-, Bildungs- und Erwerbsmigration sogar ganz abgebaut werden konnten.

„Wir sind auf dem richtigen Weg“, so Bürgermeister Ulrich von Kirchbach, „dennoch haben wir weiterhin mit Herausforderungen zu kämpfen, die uns auch in den nächsten Monaten beschäftigen werden.“ Der Fachkräftemangel mache es weiterhin schwer, Stellen nachzubeseetzen. Gleichzeitig steige die Zahl der Anträge weiter, und auch die rechtlichen Vorgaben würden eher komplizierter als einfacher.

Effizientere Struktur

Auch deswegen wurden nicht nur die Stellen zwischenzeitlich aufgestockt, sondern die Behörde unter Amtsleiter Markus Skiba auch neu strukturiert. Die Fachleute arbeiten im Hintergrund ungestört an den Anträgen, während sich eine Clearingstelle in direktem Kontakt den Fragen der Antragssteller*innen widmet und diese berät. Eine neue telefonische Hotline sorgt dafür, dass die Behörde besser erreichbar ist. Ein Abholautomat für fertige Dokumente als Entlastung für die Clearingstelle ist in Planung. Der große Vorteil für die Kunden ist, dass sie ihre Dokumente dann auch außerhalb der Öffnungszeiten abholen können.

Vor allem weniger komplexe Fälle konnten in den letzten zehn Monaten abgebaut werden. Einen Sockel von 1700 offenen Fällen werde es laut Skiba aber langfristig geben.

Prognose schwierig

Wie bei der Ausländerbehörde gehen auch bei der Einbürgerungsbehörde immer mehr Anträge ein. Seit der Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts im Juni 2024 beantragen immer mehr Freiburger*innen die deutsche Staatsangehörigkeit. Deshalb wurden zehn zusätzliche, zunächst befristete Stellen geschaffen und Personal aus anderen Bereichen geschult. Auch die Bündelung gleich gelagerter Fälle durch Kompetenzteams soll das Verfahren beschleunigen. Ziel, so die Informationsvorlage aus dem Migrationsausschuss, sei es, die Effizienz und Qualität kontinuierlich zu verbessern. Eine konkrete Prognose zur Abarbeitung der Anträge sei unter den gegebenen Umständen jedoch nur schwer möglich.

Eine Parkgarage fürs Kurgebiet Mooswald

„Mobilitätshub“ bei der Keidel-Therme bietet 470 Parkplätze und soll den Verkehr bündeln

Im Kurgebiet Mooswald rund um die Keidel-Therme wird ein Parkhaus gebaut – kombiniert mit Mitarbeiterwohnungen, Büro- und Therapieflächen. Hintergrund sind die steigenden Besucherzahlen der Therme, der benachbarten Celenus-Klinik und des Dorint Hotels. Bereits 2019 hatte es Pläne für ein Parkhaus gegeben, die damals für Protest gesorgt hatten.

Wer nicht mit dem Bus, sondern mit dem Auto zur Keidel-Therme fährt, hat es oft nicht leicht, einen Parkplatz zu finden. „Die Leute fahren rein, finden nichts und parken dann wild“, fasste Magdalena Szablewska, technische Geschäftsführerin der Freiburger Stadtbau (FSB), die aktuelle Situation zusammen. 200 zusätzliche Pkw-Stellplätze seien erforderlich.

Luftiger Entwurf

Um dem abzuhelpen, hatten die zuständigen Freiburger Kommunalbauten eine Mehrfachbeauftragung ausgelobt. Als Sieger wählte die zwölfköpfige Jury kürzlich den Entwurf des Freiburger Büros K9 aus: zwei versetzt angeordnete Parkriegel mit rund 470 Stellplätzen, PV-Anlagen und einem Satteldach, das an Tabakscheunen erinnern soll. „Die Arbeit erzeugt mit ihrem Scheunencharakter und der rippenartigen Fassadengliederung einen angenehmen Charme“, begründete Juryvorsitzender Professor Kunibert Wachten die Entscheidung.

Der Entwurf greife die Architektur der Region auf und füge sich gut in die Umgebung ein, ergänzte Gabi Lebherz vom Stadtplanungsamt. „Er versteht sich als Teil eines Ensembles. Und da die Garage zweigeteilt ist, wirkt sie nicht so massiv, sondern luftiger.“ Außerdem verlängert der Zwischenraum die Rampen, die von einem Teil des Gebäudes ins nächste Halbgeschoss im anderen Gebäudeteil führen – so sind sie weniger steil. Die Bausteine Wohnen und Multifunktionsflächen finden sich modulartig an zwei versetzten Enden der Parkriegel.

Zielsetzung des Wettbewerbs war, mindestens 450 Stellplätze zu schaffen und so möglichst viele der umliegenden Parkplätze darin unterzubringen, den Parkverkehr quasi zu bündeln. Das soll den nördlichen Teil des Kurgebiets entlasten und zu einer Verkehrsberuhigung beitragen.

„Gesamtbilanz sehen“

„Wir haben uns auf die zentrale Fläche konzentriert, weil es für dieses Gebiet schon einen Bebauungsplan gibt“, so Magdalena Szablewska. Die bisherigen Parkplätze würden entsiegelt, „um der Natur etwas zurückzugeben“. Allerdings müssen 50 bis 60 Bäume für das Parkhaus weichen – doch die dafür nötigen Ausgleichspflanzungen gebe es schon seit den 1980er-Jahren, betonte der kaufmännische FSB-Geschäftsführer Matthias Müller. Damals habe man zehn Hektar im Rieselfeld und bei Opfingen aufgeforstet: „Diese Bäume sind heute groß und stark. Das dürfen wir in der Diskussion nicht vergessen. Wir müssen das in der Gesamtbilanz sehen.“

Baubeginn 2027

2019 war von 190 zu fällenden Bäumen die Rede gewesen – das hatte damals für Widerstand gesorgt. Außerdem brachte Corona das Verfahren ins Stocken. Beim erneuten Anlauf ging dem Architekturwettbewerb Anfang 2025 ein Akteurs-Dialog voraus: mit Gewerbetreibenden, Thermengästen, Bürgervereinen und Zufallsbürger*innen. Jetzt geht es an die vertieften Planungen des „Mobilitätshubs“, Baubeginn könnte 2027 sein.

Die Kosten konnte FSB-Geschäftsführer Müller noch nicht beziffern. „Wir können den Entwurf aber auf jeden Fall in wirtschaftlich vertretbarer Weise realisieren“, sagte er. Und Gabi Lebherz vom Stadtplanungsamt hob hervor: „In der Summe ist das ein runder Entwurf. Er punktet mit Effizienz und ist leicht umsetzbar.“

Wer sich für die Entwürfe interessiert: Sie werden im Foyer des Keidel-Thermalbads (An den Heilquellen 4) ausgestellt.

Kurz gemeldet

B31 am Ganter drei Wochen einspurig

Von Dienstag, 10. Juni, bis voraussichtlich Freitag, 27. Juni, ist auf der B 31 bei der Brauerei Ganter werktags zwischen 9.00 und 15.30 Uhr jeweils eine Fahrspur gesperrt. Für den Transport der neuen Rosskopfwindräder Anfang August muss ein Teil des Grünstreifens asphaltiert werden. Zunächst erfolgen die Arbeiten stadteinwärts, im Anschluss stadtauswärts. Es ist immer nur eine Fahrtrichtung betroffen.

Bismarckallee: eine Fahrspur gesperrt

Die Stadt saniert seit Mai die Einfahrtsrampe der Konzerthausgarage. Dafür muss das Garten- und Tiefbauamt das Betonfundament für die Stangen der Straßenschilder ertüchtigen. Deshalb ist einer von zwei Fahrstreifen der Bismarckallee in Richtung Norden von Dienstag bis Freitag, 10. bis 13. Juni, und nochmals am Dienstag, 17. Juni, gesperrt. Das betrifft nur einen kurzen Abschnitt im Bereich der Einfahrtsrampe.

Wiwilibrücke wegen Kranarbeiten gesperrt

Am Sonntag, 15. Juni, und Montag, 16. Juni, muss die Wiwilibrücke gesperrt werden. Grund ist die Anlieferung der Rolltreppe, die Gleis 2 und 3 mit der Stadtbahnbrücke und der Haltestelle „Hauptbahnhof“ verbindet. Wegen des Auf- und Abbaus des Schwerlastkrans ist die Wiwilibrücke am Sonntag, 15. Juni von 9 bis 14 Uhr und am Montag, 16. Juni, von 4 bis 10 Uhr voll gesperrt. Für Radfahrer*innen gibt es eine Umleitung über die Bismarckstraße und die Radunterführung in die Wentzingerstraße. Zu Fuß geht es über die Stadtbahnbrücke von der Altstadt in den Stühlinger und zurück. (eli)

Linie 1 nur bis Runzmattenweg

Schienenersatzverkehr ab 10. Juni

Die Linie 1 fährt wegen Gleisarbeiten ab Dienstag, 10. Juni, nur noch bis zur Haltestelle Runzmattenweg. Deshalb ändert sich der Schienenersatzverkehr, den die Freiburger Verkehrs AG (VAG) in den letzten Wochen bereits zwischen Paduaallee und Landwasser eingerichtet hatte.

Vom 10. Juni bis zu den Sommerferien müssen Fahrgäste Richtung Landwasser bereits am Runzmattenweg umsteigen. Die Ersatzbusse in Richtung Paduaallee und Moosweiher fahren über die Ersatzhaltestelle Dunantstraße, Am Bischofskreuz und Betzenhauser Torplatz bis zur Paduaallee. Einige Busse fahren von dort wie bisher über die beiden Haltepunkte am Diakoniekrankenhaus bis zur Haltestelle Moosweiher. Die Haltestelle Moosgrund wird nicht angefahren. Gleiches gilt – stadteinwärts – für die Ersatzhaltestelle Dunantstraße.

Während dieser Bauphase fährt die Linie 1 vom Runzmattenweg weiter zur Bissierstraße. Dort bestehen Umsteigemöglichkeiten zu den Buslinien 10, 22 und 36. Auch die Buslinie 32 hat hier außerplanmäßig Anschluss. Sie bedient alle gewohnten Haltestellen in Umkirch und fährt anschließend ohne Halt bis zur Bissierstraße. Dafür bedient die Linie 700, der Tuniberg-Express aus Breisach, auf ihrer Fahrt zur und von der Paduaallee zusätzlich die Haltestellen im Lehener Ortskern.

Zu Beginn der Sommerferien werden die Arbeiten erneut ausgeweitet, und auch die Linie 3 muss unterbrochen werden.

Aktuelle Abfahrtszeiten gibt es unter www.vag-freiburg.de und in der VAG-App, detaillierte Infos zur Baumaßnahme unter www.vag-freiburg.de/gleis-update-2025

Schneller und einfacher bauen

Landesregierung ändert Landesbauordnung

Mit dem „Gesetz für das schnellere Bauen“ hat die Landesregierung im März eine Änderung der Landesbauordnung (LBO) beschlossen, die zum 28. Juni in Kraft tritt.

Ziel der Landesregierung ist es, eine weitere Verdichtung zu ermöglichen und damit die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum zu erleichtern. Außerdem werden Baugenehmigungen weiter vereinfacht. Zudem sind künftig mehr Bauvorhaben verfahrensfrei möglich, so beispielsweise die Nutzungsänderung bestehender Gebäude im Innenbereich zur Schaffung von Wohnraum.

Eine weitere Beschleunigung soll das Instrument der „Genehmigungsfiktion“ ermöglichen. Das bedeutet konkret, dass ein Antrag als genehmigt gilt, sofern die zuständige Behörde nicht innerhalb von drei Monaten entscheidet, sofern sie nicht vorher bereits anders entschieden hat oder auf die Genehmigungsfiktion verzichtet wird.

Mehr Tempo verspricht auch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in Bau- und Denkmalsachen ab dem 1. Juni. Bauherren und Nachbar*innen, die mit einer behördlichen Entscheidung nicht einverstanden sind, haben dann nur noch die Möglichkeit, diese im gerichtlichen Klageverfahren prüfen zu lassen.

Nicht zuletzt sind örtliche Bauvorschriften künftig nur noch dann möglich, wenn sie gleichzeitig die Nutzung erneuerbarer Energien zulassen. Bestehende örtliche Bauvorschriften, bei denen dies nicht der Fall ist, werden zum 28. September unwirksam.

Für Frieden, Demokratie und Zusammenarbeit

Treffen des Städteneetzes Oberrhein in Straßburg

Erstmals seit über zehn Jahren hat sich Anfang Juni das Städtennetzwerk Oberrhein getroffen. Im Straßburger Rathaus unterzeichneten Oberbürgermeister Martin Horn und seine Bürgermeisterkolleg*innen aus Basel, Strasbourg, Mulhouse, Colmar, Karlsruhe, Lörrach, Lahr, Offenburg und Landau eine gemeinsame Erklärung.

Anlässlich des 80. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa sprechen sich die Städte – als Lektion aus den dunkelsten Kapiteln der Geschichte und als Antwort auf die aktuellen Krisen in Europa – für ein entschlossenes Eintreten für Frieden, Freiheit und Demokratie aus. Durch die Vertiefung ihrer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit senden sie ein konkretes Signal, dass ein gutes nachbarschaftliches Miteinander und eine vertrauensvolle Kooperation der Völker heute mehr denn je benötigt werden. „In Zeiten, in denen wir immer mehr Nationalismus erleben, braucht es Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen. Im Dreiländereck leben wir vor, dass Grenzen keine Barrieren für Freundschaft und Kooperation sind – sondern vielmehr Brücken für ein gemeinsames Europa der Zukunft sein können“, so Oberbürgermeister Martin Horn.

In der gemeinsamen Erklärung haben die Städte zudem eine vertiefte Zusammenarbeit in zentralen Zukunftsfeldern beschlossen – darunter Wirtschaft und Innovation, Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Mobilität, Kultur, Sport und Tourismus. Ein Ziel des Städteneetzes Oberrhein ist es auch, die Interessen und Anliegen der Städte mit einer Stimme in die grenzüberschreitenden und europäischen Gremien einzubringen und ihnen dadurch größeres Gewicht zu verleihen.

Das Städtennetz Oberrhein ist ein seit 2005 bestehender, freiwilliger und informeller Zusammenschluss und umfasst aktuell die Städte Baden-Baden, Basel, Colmar, Freiburg, Karlsruhe, Lahr, Landau, Lörrach, Mulhouse, Offenburg und Straßburg. Das nächste Treffen soll im Herbst 2026 in Basel stattfinden.

Viel Blau bedeutet Gefahr

Dieser Ausschnitt aus der Unterwiehre zeigt, welche Folgen ein außergewöhnlicher, statistisch gesehen alle 100 Jahre zu erwartender Starkregen hätte. In einzelnen Straßenabschnitten würde das Wasser bis zu 50 Zentimeter hoch stehen – Kellerräume und Tiefgaragen ohne Wassersperre würden mit hoher Wahrscheinlichkeit überflutet. Die Pfeile geben Fließrichtung und -geschwindigkeit an; bei bis zu zwei Metern pro Sekunde droht hier auch bereits große Gefahr. Das Szenario ist durchaus realistisch: Im August 2023 wurden die hier abzulesenden Wassermengen stellenweise erreicht.

Informationsabende

Darüber, was man tun kann, um sich zu schützen, informieren die Stadtverwaltung und Fachleute des Ingenieurbüros bei acht Abendveranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen.

- Mo, 30.6., 18.30 Uhr: Steinriedhalle Waltershofen
- Do, 3.7., 18.30 Uhr: Bürgerhaus Zähringen
- Mo, 14.7., 18.30 Uhr: Bürgerhaus Seepark
- Mi, 16.7., 18.30 Uhr: Bundschuhhalle Lehen
- Mo, 21.7., 18.30 Uhr: Dreisamhalle Ebnet
- Di, 22.7., 18.30 Uhr: Pestalozzischule Haslach
- Mi, 23.7., 18.30 Uhr: Gertrud-Luckner-Gewerbeschule Wiehre (Kirchstraße)
- Do, 24.7., 18.30 Uhr: Tuniberghaus Tiengen

Eintritt frei, Anmeldung ist nicht erforderlich. Veranstaltungsende ist jeweils gegen 20 Uhr.

www.freiburg.de/starkregen

Susi Juvan im Museum für Neue Kunst

Farben, Formen, Flächen, Linien: Die Werke von Susi Juvan sind vielschichtig, lebendig und jetzt auch im Museum für Neue Kunst zu sehen. Bis März 2026 zeigt es acht Gemälde der Freiburger Künstlerin aus dem eigenen Bestand. Juvan, 1950 in Ebersbach geboren, studierte von 1972 bis 1978 bei Peter Dreher an der Außenstelle Freiburg der Kunstakademie Karlsruhe. Sie erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen, darunter den Freiburger Reinhold-Schneider-Preis für Bildende Kunst 2016.

www.museen.freiburg.de/mnk

Endlose Küste und einsame Strände

Licht und Landschaft: Das Augustinermuseum präsentiert Werke des Impressionismus aus der Normandie

Schroffe Felsen, lange Strände oder flirrende Lichtreflexe auf der Seine – für die Maler*innen des 19. Jahrhunderts bot die Normandie mit ihren Naturschauspielen eine Fülle an Motiven. Wie sie diese auf die Leinwand gebannt haben, zeigt das Augustinermuseum in seiner neuen Ausstellung „Licht und Landschaft: Impressionisten in der Normandie“.

Zu sehen sind 72 Werke von 35 Künstlern und einer Künstlerin, darunter Pierre Bonnard, Gustave Courbet, Claude Monet und Berthe Morisot. Die Ausstellung basiert auf der Sammlung „Peindre en Normandie“ (Malen in der Normandie) und legt den Fokus auf Frankreich im 19. Jahrhundert – geprägt von Industrialisierung, Urbanisierung und technischem Fortschritt. Der Ausbau der Eisenbahn und die Eröffnung der Strecke von Paris nach Le Havre 1847 machten es den Künstler*innen leicht, in die Normandie zu reisen.

Natur als Motiv

Inspiziert von englischer Landschaftsmalerei entdeckten sie die Natur als eigenständiges Motiv. „Hier dient die Landschaft nicht nur als Kulisse, sondern sie wird für sich genutzt“, erklärt Mirja Straub, Co-Kuratorin am Augustinermuseum. Sie hat die Ausstellung zusammen mit Museumsdirektorin Jutta Götzmann und mit Unterstützung der Volontärin Camilla Brantl für Freiburg adaptiert.

Dank Erfindungen wie Malkästen, Farbtuben und klappbaren Staffeleien war es möglich, „en plein air“ zu malen, also unter freiem Himmel. „Allerdings mussten sie schnell malen, da das Wetter in der Normandie sehr schnell wechselt“, so Götzmann. So findet sich auf einem Werk der Fingerabdruck des Künstlers, der seine Leinwand wohl eilig wieder einpacken musste, auf einem anderen entdeckt man bei genauem Hinsehen Sandkörner in den Wellen – atmosphärische Momentaufnahmen, die typisch sind für den Impressionismus.

Die Ausstellung zeigt die Normandie als Inspirationsquelle – etwa das Landgut Saint-Siméon bei Honfleur, das als Treffpunkt für Kreative diente. Unter Apfelbäumen diskutierten Künstler wie Corot, Boudin, Jongkind und der junge Monet ihre Ideen, Skizzen und Techniken. Rund 30 Kunstschaaffende machten dort Station und legten den Grundstein für den Impressionismus in der Normandie.

Beliebtes Urlaubsziel

Ab Mitte des Jahrhunderts wurde die normannische Küste zum Urlaubsziel für Menschen aus der Stadt. Fischerdörfer verwandelten sich durch Hotels, Badeanstalten und neue Gäste in lebhaft Seebäder – eine Entwicklung, die auch Eingang in die Kunst fand. So hielt Eugène le Poittevin eine Gruppe Badender in dem beliebten Urlaubsort Étretat fest – ein Motiv, das damals auch als Postkarte vertrieben wurde.

Viele Impressionist*innen gingen dem touristischen Trubel jedoch aus dem Weg und suchten die stille, unberührte Natur. So malte Claude Monet bewusst in der Nebensaison und fing mit mehreren Leinwänden das wechselnde Licht ein. Sein Prinzip der „solitude“ (Einsamkeit) prägte die Motive – flüchtige Stimmungen wurden draußen skizziert und im Atelier weiterentwickelt. Gleichzeitig wandten sich viele Künstler*innen dem einfachen Leben an der Küste zu. Fischer, Muschelsammler oder Marktfrauen wurden zum Sinnbild einer naturverbundenen Lebensweise. Boudin, Daubigny oder Jongkind hielten diese Szenen in atmosphärischen Bildern fest: stille Figuren vor endloser Küste, einsame Strände und das tägliche Leben am Meer.

Licht, Wasser, Bewegung

Die Seine, Bindeglied zwischen Paris und der Normandie, wurde zu einem weiteren Schlüsselmotiv. Zwischen Rouen und Le Havre entdeckten Künstler*innen das Spiel von Licht, Wasser und Bewegung. Einige, wie Monet oder Daubigny, arbeiteten sogar vom Boot aus – um die flirrenden Reflexe des Flusses direkt vom Wasser aus einzufangen.

Auch das normannische Hinterland inspirierte viele, und die sanft gewellte Landschaft mit Ackerbau, Viehzucht und Fachwerkhöfen fand ihren Weg auf die Leinwand. Auch diese Werke sind Teil der von Alain Tapié kuratierten und in den 1990er-Jahren in Caen gegründeten Sammlung. Zu sehen war sie bereits in Italien, Südkorea, den USA und in Münster – jetzt gastiert sie bis 30. November im Augustinermuseum.

Augustinermuseum, Di–So, 10–17 Uhr, Fr, 10–19 Uhr, Eintritt: 8 Euro/ermäßigt 6 Euro, unter 27 J. frei. Termine und Infos unter www.museen.freiburg.de/am

10 Millionen für 100 Plätze

Spatenstich für eine neue Kita in Waltershofen

Die Stadt baut für zehn Millionen Euro eine neue, energetische vorbildliche Kita in Waltershofen. 100 statt der bisherigen 32 Kinder werden dort ab Herbst 2026 unterkommen können.

„In Waltershofen fehlen Kitaplätze, und das nicht zu knapp“, diesen Zustand will nicht nur Oberbürgermeister Martin Horn ändern. Der zweigeschossige Holzneubau wird mit erneuerbaren Energien geheizt. Auf das Dach der „Kita im Moos“ kommt im Süden eine Photovoltaikanlage, im Norden wird es begrünt. Das Regenwasser fließt in eine unterirdische Zisterne ab und versickert dort langsam. „Ein energetisch vorbildliches Gebäude mit einem modernen Belüftungssystem, mehr Fläche für die Kleinen und viel Holz im Bau“, so Baubürgermeister Martin Haag.

Reflektiertes Oberlicht

Außergewöhnlich an der neuen Kita wird auch das Treppenhaus. Eine silbernen Wandbemalung des Freiburger Künstlers Ben Hübsch reflektiert das Tageslicht, das durch Oberlichter einfällt, und macht das Treppenhaus besonders hell. Während des Sommers können die Oberlichter zudem nachts zur Belüftung genutzt werden.

Aktuell stehen in der Tuniberg-Gemeinde nur für 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren und 76 Prozent der Kinder ab drei Jahren Kitaplätze zur Verfügung. Statt der bisherigen zwei Gruppen wird es in der neuen städtischen Kita sechs Gruppen geben: Zwei sind für Kinder unter drei Jahren, drei für Kinder über drei Jahren und eine ist eine altersgemischte Ganztagsgruppe.

Erstmals ganztags

Die Möglichkeit der Ganztagsbetreuung gibt es dann zum ersten Mal. Die Kita Flohkiste hat dafür nicht ausreichend Platz. Auch eine Erweiterung des jetzigen Gebäudes kam nicht infrage. Was mit ihm passiert, ist noch offen. Es wäre naheliegend, dass das Jugendzentrum dorthin umzieht, das sich im Moment in der Radsporthalle befindet. Diese könnte dann gemeinsam mit der Steinriedhalle saniert werden.

Digitales für jedes Alter

Am Freitag, 27. Juni, ist Digitaltag in der Stadtbibliothek

Digitalisierung im Alltag – darum geht es beim diesjährigen Digitaltag Freiburg am Freitag, 27. Juni, in der Stadtbibliothek. Von 15 bis 21.30 Uhr gibt es Workshops, Vorträge und Improtheater in der Innenstadt, im Rieselfeld und in Haslach. Angesprochen sind Erwachsene, aber auch Kinder und Jugendliche.

Vor der Mediothek Rieselfeld steht an diesem Tag ab 15 Uhr das Medienvelo von „Kommunikation & Medien“. Hier können Kinder und Jugendliche Trickfilme gestalten oder mithilfe eines Greenscreens zu fantastischen Orten reisen. In der Stadtteilbibliothek Haslach gibt es ebenfalls ab 15 Uhr rasante Mario-Kart-Rennen und actionreiche Rocket-League-Matches mit dem eSports-Verein.

Auch in der Hauptstelle am Münsterplatz gibt es ab 15 Uhr ein abwechslungsreiches Programm. Hier können Interessierte „mit der VR-Brille in Ausbildungsberufe eintauchen“. Der Wegweiser Bildung berät vor Ort alle, die vor einem neuen Karriereweg stehen.

Kreativ wird es um 16 Uhr: Die tüftelnden Experimenten gestalten mit Kindern leuchtende Grußkarten. Jugendliche ab 14 Jahren lädt das Nachhaltigkeitsmanagement der Stadt zeitgleich ein, mithilfe von KI-Bildgeneratoren ein Bild eines nachhaltigen Freiburgs zu erstellen.

Generativen Verfahren in der Musik widmet sich der Musiker, Komponist und Medienkünstler Ephraim Wegner in einem Vortrag um 17 Uhr. Zum Abschluss des Tages erkundet um 19.30 Uhr die Impro-Theatergruppe „Ensemble Autokorrektiv“ in der Show „Impro Machine“ das schauspielerische Talent von ChatGPT und Co.

Die Teilnahme am Digitaltag am Freitag, 27. Juni, ist kostenfrei. Das detaillierte Programm gibt es unter www.freiburg.digital im Internet.

Kurz gemeldet

Poesie kennt kein Alter

Zu einer besonderen Literaturveranstaltung laden das Seniorenbüro der Stadt, das Netzwerk Demenz und der Malteser Hilfsdienst am Samstag, 21. Juni, um 19 Uhr in die Pauluskirche ein. Fünf Wortkünstler*innen tragen ihre nachdenklichen, berührenden, aber auch humorvollen Texte rund ums Älterwerden und die Demenz vor. Beim Abend unter dem Motto „Poesie kennt kein Alter“ ist auch die ehemalige Pflegekraft Leah Weigand dabei, deren Text „Ungepflegt“ bundesweit Aufmerksamkeit erzielte und vielfach ausgezeichnet wurde. Die Veranstaltung richtet sich an alle Generationen. Der Eintritt ist frei.

Mehr Infos unter www.malteser-freiburg.de

Berufsorientierung mit VR-Brille

Der Wegweiser Bildung und die Jugendberufsagentur Jubag25 laden am Samstag, 28. Juni, von 10 bis 13 Uhr zur Berufsorientierung mit Virtual-Reality-Brille in den Wegweiser Bildung in der Stadtbibliothek am Münsterplatz ein. Junge Menschen und Erwachsene, die sich beruflich (neu) orientieren möchten, können mit der VR-Brille in unterschiedliche Ausbildungsberufe eintauchen und Arbeitsabläufe realistisch erleben. Diese Art der Berufsorientierung ist neu und kann die Berufswahl erleichtern. Interessierte können ohne Anmeldung einfach vorbeikommen.

www.wegweiser-bildung.de/veranstaltungen

Aktionstag zum Stadtradeln-Start

Freiburger*innen können ab 28. Juni bis 18. Juli Punkte sammeln

Über 10.000 Radbegeisterte aus Freiburg haben beim letztjährigen Stadtradeln mitgemacht. Ab Samstag, 28. Juni, gibt es 21 Tage lang die Chance, einen neuen Rekord aufzustellen und damit Freiburg im bundesweiten Ranking nach vorne zu bringen.

Ziel der Aktion ist es, im Alltag möglichst viele Kilometer mit dem Rad zurückzulegen und so ein sichtbares Zeichen für nachhaltige Mobilität zu setzen. Im Team können Schulklassen, Familien- oder Vereinsmitglieder, Freundes- oder Kollegenkreise die gefahrenen Kilometer per App erfassen und gegen andere Teams und Städte antreten. Die Stadt verlost unter allen Teilnehmenden sportliche Preise.

Zum ersten Mal wird der Wettbewerb mit einem Aktionstag auf dem Stühlinger Kirchplatz eröffnet. Am 28. Juni geht es von 11 bis 15.30 Uhr um das Motto „Gemeinsam gesund und sicher unterwegs“. Auf dem Programm stehen unter anderem Fahrsicherheitstrainings, eine Gesundheitsberatung, kostenlose Probefahrten und Radchecks oder Informationen über die Radverkehrsplanung. Ab 11.45 Uhr gibt es auf der Bühne spannende Gespräche, Musik und einen Poetry Slam zum Thema Radfahren. Als Bonus ist das Fahrradmietsystem Frelo an diesem Tag für alle kostenlos.

Auch während des gesamten Wettbewerbszeitraums gibt es zahlreiche Angebote: von Fahrradreparaturworkshops bis hin zu Infoveranstaltungen. Das Kommunale Kino hat währenddessen Dokumentar-, Spiel- und Kurzfilme rund ums Radfahren im Programm.

Weitere Infos zum Aktionstag am Sa, 28. Juni, und zum Stadtradeln unter freiburg.de/stadtradeln

Betreuung als Ehrenamt

Seit geraumer Zeit gibt es einen erheblichen Mangel an Personen, die beruflich oder ehrenamtlich die rechtliche Betreuung von Menschen übernehmen, die dazu nicht mehr selbst in der Lage sind. Aus diesem Grund weist die Betreuungsbehörde der Stadt regelmäßig auf Fortbildungsangebote freier Träger hin.

Am 1. Juli startet der nächste Kurs, den der Verein „SKM Freiburg“ anbietet. Dieses Basisseminar richtet sich an Interessierte, die gerne ehrenamtlich eine rechtliche Betreuung übernehmen möchten oder dies bereits tun. Die Teilnahme ist auch möglich, wenn diese Betreuung oder die Ausübung einer Vorsorgevollmacht im familiären Umfeld erfolgt.

Das Seminar ist kostenlos und umfasst fünf Termine, jeweils Dienstagabends (17 bis 20 Uhr). Vier Termine finden in Präsenz statt, einer online.

Infos und Anmeldung unter Tel. 0761 27 22 20, auf www.skm-freiburg.de oder per Mail an post@skm-freiburg.de. Veranstaltungsort: SKM Freiburg, Wilhelmstraße 13.

Kurz gemeldet

Landespreis für den Klimaschutz

Im Rahmen des Landeswettbewerbs „Leitstern Energieeffizienz“ hat die Stadt Freiburg einen Sonderpreis für „Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung“ erhalten. In Freiburg hob die Jury besonders drei geplante Maßnahmen des Klimamobilitätsplans 2030 hervor: der weitere Ausbau des Radnetzes mit Radvorrangrouten und dem ersten Rad-schnellweg, neue Stadtbahnlinien sowie das Parkraummanagement.

Mobilitätsbürgermeister Martin Haag sieht die Auszeichnung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft als Bestätigung der Freiburger Politik: „Der Verkehr ist ein wichtiger Hebel zur Erreichung unserer Klimaschutzziele – davon sind wir überzeugt, und ich freue mich, dass wir in diesem Bereich eine Vorreiterrolle im Land haben.“ Der Preis würdigt Stadt- und Landkreise, die sich für mehr Energieeffizienz engagieren und dazu beitragen, dass sich innovative Ideen im Land verbreiten.

Weitere Infos zum Landeswettbewerb unter www.leitstern-energieeffizienz-bw.de

Workshop: Flexibles Wohnen im Vauban

Im Freiburger Stadtteil Vauban steht ein Generationenwechsel an: Viele Kinder sind ausgezogen, Wohnraum wird frei – doch wie kann er sinnvoll genutzt werden? Welche Umbauoptionen gibt es, und was wünschen sich die Bewohner*innen? Auf diese Fragen gibt der Workshop „Flexibles Wohnen im Vauban. Wohnungen und Baugruppen im Lebenszyklus“ Antworten und Impulse: am Mittwoch, 2. Juli, 16.30 bis 18.30 Uhr, im Haus 37, Saal B, Alfred-Döblin-Platz 1. Architekt*innen zeigen, wie sich Eigenheime an unterschiedliche Lebensphasen anpassen lassen. Der Workshop der Energieagentur Regio wird von der Stadt gefördert und ist für Freiburger*innen kostenfrei.

www.energieagentur-regio-freiburg.eu (Veranstaltungen)

Neue Leitungen für Dietenbach

Seit Anfang Juni verlegt die Badenova in der Mundenhofer Straße Trinkwasser- und Fernwärmeleitungen für den neuen Stadtteil Dietenbach – in mehreren Bauabschnitten mittels einer Wanderbaustelle von der Tel-Aviv-Yafo-Allee bis zum Bollerstaudenweg. Daher ist der Radweg in der Mundenhofer Straße entlang der Baustelle bis voraussichtlich Anfang April 2026 gesperrt. Eine Umleitung ist ausgeschildert und führt durch das Rieselfeld. Die Leitungen sind ein wichtiger Teil der Infrastruktur für den neuen Stadtteil.

Frisbees, Bälle und Co. ausleihen: Neue Sportbox am Opfinger See

Am Opfinger See hat die Hauptbadesaison begonnen. Der Kiosk ist wieder geöffnet und die DLRG-Wachstation an Wochenenden und feiertags besetzt. Außerdem hat die Stadt den Fußrundweg um den See instandgesetzt, den Parkplatz neu aufgeschotet, die Badestellen am Kiosk mit frischem Sand ausgestattet, neue Bäume auf den Liegewiesen gepflanzt und neue Fahrradständer aufgestellt. Neu ist auch die Sportbox, die See-Koordinatorin Lea Dieminger, Forstamtsleiterin Nicole Schmalfuß, Opfingens Ortsvorsteherin Silvia Schumacher, Michael Thoma und Jule Geißler vom Sportreferat sowie Sportbürgermeister Stefan Breiter (v.l.) gemeinsam eingeweiht haben. Wer Frisbeescheibe, Spikeball-Set, Wikinger-Schach und Co. kostenlos ausleihen möchte, registriert sich einfach bei der App „SportBox-app and move“ und bucht den gewünschten Zeitraum.

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de